



Aktion für eine unabhängige
und neutrale Schweiz
Action pour une Suisse
indépendante et neutre
Azione per una Svizzera
neutrale e indipendente

April 2003

Über 41 000 Mitglieder

Mitteilungsblatt für die Mitglieder der AUNS.
Erscheint sechsmal jährlich. –
Rickli + Wyss AG, Bern

Grauer Brief 89

Zum Hineinleuchten in die Grauzonen schweizerischer Aussenpolitik

Präsident:
Nationalrat Dr. Christoph Blocher
Vizepräsidenten:
a. Nationalrat Dr. Paul Eisenring,
a. Nationalrat Christian Miesch,
Jean-Dominique Cipolla, Notar

Adresse Geschäftsstelle:
AUNS, Postfach 218, 3000 Bern 16
e-Mail: auns@auns.ch
Tel.: 031 356 27 27; Fax: 031 356 27 28

PC-Konto: 30-10011-5

AUNS fordert neue UNO-Abstimmung

UNO-Beitritt aufgrund falscher Angaben

Liebe AUNS-Mitglieder, Gönner und Sympathisanten

Die Schweiz ist seit rund einem Jahr Mitglied der politischen UNO. Volk und Stände haben dem Beitritt am 3. März 2002 knapp zugestimmt, nachdem der Bundesrat im Vorfeld versprochen hatte, die schweizerische Neutralität werde bei einer Mitgliedschaft «nicht tangiert sondern sogar gestärkt».

Wie sieht die Bilanz heute aus?
Entgegen den bundesrätlichen Versprechungen hat die Glaubwürdigkeit unserer Neutralität durch den widersprüchlichen und chaotischen aussenpolitischen Aktivismus des Bundesrates im Lauf des vergangenen Jahres stark gelitten.

Kaum war die Schweiz Vollmitglied der UNO, gab sich der Bundesrat eine aussenpolitische Blösse nach der andern bis hin zur Lächerlichkeit. Es ist unglaublich, wie schnell der Bundesrat seit dem UNO-Beitritt die Grundsätze unserer Neutralität verlässt. Vor allem im Zusammenhang mit dem Irakkrieg ergreifen Mitglie-

der des Bundesrates einzeln oder gesamthaft immer wieder Partei:

Zuerst kündigte Frau Bundesrätin Calmy-Rey marktschreierisch die «Konferenz der letzten Chance» an, die dann jämmerlich gescheitert ist. Dann erliess der Bundesrat ein Einreiseverbot gegen Saddam Hussein. Dann liess die Landesregierung verlauten, die Schweiz stelle sich hinter die Mehrheit des Sicherheitsrates. Das heisst: Hätte die Mehrheit des Sicherheitsrates beschlossen, der Krieg gegen den Irak sei zu führen, so wären wir auf der Seite der USA und Englands gewesen, aber gegen Frankreich und Russland – und umgekehrt! Dann verkündete Bundesrätin Calmy-Rey die abstruse Idee mit der Opferliste und musste sie zwei Tage später wieder zurückziehen. Und mit der naiven Ankündigung, die Demarkationslinie zwischen Nord- und Südkorea überschreiten zu wollen, hat sie unsere Aussenpolitik vollends der Lächerlichkeit preisgegeben.

Weil die schweizerische Neutralität mit der UNO-Mitgliedschaft nicht vereinbar ist, und weil der Beitrittsentscheid auf falschen Voraussetzungen beruhte, verlangen AUNS- und SVP-Mitglieder mit einer Motion, dass Volk und Stände nochmals über die UNO-Mitgliedschaft abstimmen können. Falls die Motion im Parlament abgelehnt wird, erwägt die AUNS eine Volksinitiative zu lancieren (vergleiche den Motionstext Seite 2). Unterstützen auch Sie unseren Kampf für die Wahrung der Neutralität, der Freiheit und der Unabhängigkeit unseres Landes. Vielen Dank!

Ihre Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz

Der Präsident:



Christoph Blocher

Der Geschäftsführer:



Hans Fehr

18. ordentliche Mitgliederversammlung der AUNS 2003

Datum: Samstag, 17. Mai 2003 Zeit: 10.30 bis ca. 16.00 Uhr

Ort: Hotel National, Hirschengraben 24, Bern

Anmeldungen: mittels Anmeldetalon (beachten Sie die Beilage zu diesem Grauen Brief)

Motion für eine neue UNO-Abstimmung

Nationalrat Hans Fehr, Geschäftsführer der Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz (AUNS), und 32 Mitunterzeichner haben am 20. März 2003 die folgende Motion eingereicht:

Der Bundesrat wird beauftragt, eine Vorlage auszuarbeiten mit dem Ziel, dass Volk und Stände baldmöglichst über den Austritt aus der UNO befinden können.

Volk und Stände müssen deshalb in Kenntnis der wahren Konsequenzen über den weiteren Verbleib unseres Landes in der UNO bzw. über den Austritt aus der UNO entscheiden können.

Mitunterzeichner der Motion (32):

Baader Caspar, Baumann Alexander, Bigger Elmar, Blocher Christoph, Bortoluzzi Toni, Brunner Toni, Dunant Jean Henri, Fattebert Jean, Föhn Peter, Freund Jakob, Giezendanner Ulrich, Glur Walter, Hess Bernhard, Kaufmann Hans, Keller Robert, Kunz Josef, Laubacher Otto, Mathys Hans Ulrich, Maurer Ueli, Mörgeli Christoph, Oehli Fritz Abraham, Pfister Theophil, Schenk Simon, Scherer Marcel, Schibli Ernst, Schlüer Ulrich, Schmied Walter, Speck Christian, Stamm Luzi, Waber Christian, Wandfluh Hansruedi, Zuppiger Bruno.

Begründung

Der Krieg im Irak dokumentiert einmal mehr die Ohnmacht und das Scheitern der bürokratischen «Weltfriedensorganisation» UNO. Die UNO hat es nicht fertig gebracht, ihre eigene Resolution 1441, welche die irakische Führung zur Abrüstung verpflichtet, durchzusetzen.

Trotz der kurzen Zeit, seit der die Schweiz Mitglied der politischen UNO ist, zeigt es sich, dass die UNO-Mitgliedschaft mit der schweizerischen Neutralität nicht vereinbar ist. Die Glaubwürdigkeit unserer Neutralität hat durch das hilflose und chaotische Taktieren des Bundesrates bereits enormen Schaden genommen. Unsere besonderen Möglichkeiten als Neutraler gehen mehr und mehr verloren.

Volk und Stände haben dem UNO-Beitritt vor einem Jahr knapp zugestimmt, weil der Bundesrat ausdrücklich versprochen hatte, unsere Neutralität werde «nicht tangiert, sondern sogar gestärkt». Der UNO-Beitritt beruht somit auf Voraussetzungen, die sich in der Zwischenzeit endgültig als falsch erwiesen haben.



Aufruf!

Die AUNS-Kasse ist durch die vergangenen Abstimmungskämpfe stark beansprucht worden. Wir bitten Sie deshalb für bevorstehende Kampagnen um eine zusätzliche Spende. Bitte benutzen Sie den beigelegten Einzahlungsschein (PC-Konto 30-10011-5). Besten Dank!

Stellungnahmen zur Armee XXI

Der Vorstand der Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz (AUNS) beurteilt die Armee XXI als schlechtes Konzept. Diese Armee XXI verlässt das Prinzip der autonomen Verteidigung. Sie ist ein Verstoss gegen die Neutralität der Schweiz und bringt eine Annäherung an die NATO sowie eine Schwächung der Milizarmee.

Dennoch hat der Vorstand an seiner Sitzung vom 10. März 2003 einstimmig beschlossen, dass die AUNS den Kampf gegen die Armee XXI nicht aktiv unterstützen wird. Dies aus den folgenden Gründen:

Die Grundsatzfrage nach der Neutralität und nach der NATO-Annäherung stand bei der Abstimmung vom 10. Juni 2001 über bewaffnete Truppeneinsätze im Ausland im Zentrum. Diese Abstimmung ging leider verloren. Die bevorstehende Abstimmung über die Militärorganisation (Armee XXI) ist dagegen in erster Linie eine «militärtechnische» Angelegenheit, wenn auch auf falscher Grundlage. Im Abstimmungskampf werden die militärtechnischen Fragen die Oberhand gewinnen: die Anzahl der Verbände, die Frage der Bestände, die Ausbildung, die Durchdiener, die Zeitsoldaten, die RS-Dauer, die Aushebung und

dergleichen mehr. Diese organisatorischen und militärtechnischen Belange sind nicht Sache der AUNS. Um den über 41 000 AUNS-Mitgliedern darzulegen, dass die Armee XXI ein schlechtes Konzept auf falscher Grundlage ist, hat der Vorstand beschlossen, dass im vorliegenden «Grauen Brief» verschiedene Stellungnahmen abgedruckt werden: zwei ablehnende von Divisionär aD Hans Wächter und von Nationalrat Dr. Ulrich Schlüer sowie eine zustimmende von Werner Gartenmann, Präsident der Schweizerischen Vereinigung Pro Libertate, der trotz aller Bedenken für diese Armee XXI einsteht.

Für ein verantwortungsbewusstes Nein

Von Hans Wächter,
Divisionär a D, Stein am Rhein



Aus grösster Sorge um die äussere und innere Sicherheit der Schweiz bin ich überzeugt, dass die

beabsichtigte, tiefgreifende Umgestaltung der Armee (gemäss VBS eine «radikale Reform bis ins tiefste Detail») und des Zivilschutzes nicht dem Wohle unseres Landes dient.

Die Einführung der Armee XXI würde der Freiheit, der Sicherheit und der politischen Unabhängigkeit unseres Landes schweren Schaden zufügen. Zudem würde die Armee XXI auch an ihren organisatorischen Mängeln scheitern.

Nachstehend seien die Hauptgründe für mein Nein genannt.

● Das bundesrätliche Armeeleitbild XXI vom 24. Oktober 2001 ist überholt

Die Planung der Armee XXI stammt aus der Mitte der Neunzigerjahre und ist auf die Zusammenarbeit mit der Nato ausgerichtet. Inzwischen hat sich die Nato von einem Europäischen Verteidigungsbündnis zur multinationalen Eingreiftruppe gewandelt und der Leitsatz «Sicherheit durch Kooperation» hat sich als hohles Schlagwort erwiesen. Die Schweizer Armee an die NATO anzuhängen ist eine gefährliche Illusion. Die NATO zeigt Zerfallerscheinungen und ihre Handlungsfähigkeit hat sich praktisch auf die USA und Grossbritannien reduziert.

● Die geplante Armee XXI ist neutralitäts- und verfassungswidrig

Gemäss Bundesverfassung wahren Bundesversammlung und Bundesrat Sicherheit, Unabhängigkeit und Neutralität der Schweiz. Laut Artikel 58 BV muss die Armee den folgenden Kernauftrag erfüllen können: «Die Armee dient der Kriegsverhinderung und trägt bei zur Erhaltung des Friedens. Sie verteidigt das Land und seine Bevölkerung.»

«Nur mit einem Nein am 18. Mai 2003 zwingen wir das VBS und den Bundesrat, eine taugliche Reform für eine moderne Schweizer Armee vorzulegen.»

Die Armee XXI könnte mit ihren stark herabgesetzten Beständen diesen Verfassungsauftrag kaum mehr erfüllen. In den «Grundlagen der militärstrategischen Doktrin» vom Juni 2000 steht denn auch klipp und klar: «Das Gros der Armeeaufträge kann (...) nur mehr in enger Zusammenarbeit mit in- und ausländischen Partnern erfüllt werden.» Das widerspricht dem Verfassungsauftrag und unserer bewaffneten Neutralität.

- **Das Armeeleitbild XXI entspricht nicht den neuen Bedrohungen**

Seit dem 11. September 2001 hat sich die sicherheitspolitische Lage weltweit grundlegend verändert. Der Auftrag der Armee, schwerwiegenden Bedrohungen der inneren Sicherheit zu begegnen, wird im Armeeleitbild XXI vernachlässigt. Ausgerechnet die besonders ausgebildeten und ausgerüsteten Formationen der Territorial-Infanterie und die Alarmformationen (Flughafenformationen) mit besonderer Ortskenntnis sollen abgeschafft werden.

- **Die Kaderausbildung in der Armee XXI wäre nicht wirtschaftsfreundlich**

Nach Auffassung der drei Spitzenverbände der Schweizerischen Wirtschaft führt die Kaderausbildung in der Armee XXI zu Fehlentwicklungen, die sich langfristig auf die Wirtschaft und auf das Verhältnis Armee/Gesellschaft nachteilig auswirken würden.

- **Die völlig umgekrempelte Grundausbildung wäre undemokratisch**

Die dienstleistenden Schweizer absolvieren in der Armee XXI nicht mehr zusammen eine vollständige Rekrutenschule (RS). Die Unteroffiziers- und Offiziersanwärter wechseln nach sieben Wochen von der RS in besondere Lehrgänge für Unteroffiziere und Offiziere. Offiziere müssen sich nicht als Unteroffiziere bewährt haben. Das bewährte Milizsystem («Lehrlinge bilden Lehrlinge aus») wird aufgebrochen. Durch die Schaffung von «Durchdienern» und von «Zeitsoldaten» (welche problemlos im Ausland eingesetzt werden können) wird eine Zweiklassenarmee geschaffen.

- **Die Armee XXI gefährdet das bewährte Milizprinzip**

In den Rekruten- und Kaderschulen der Armee XXI würde praktisch nur noch militärisches Berufslehrpersonal ausbilden. Die Berufskader werden die aktiven Verbände kommandieren, während die Miliz weitgehend auf die inaktiven Reserveverbände beschränkt sein wird. Damit verliert die Armee die demokratische Kontrolle und die Verankerung im Volk.

- **Das revidierte Militärgesetz schmälert die Entscheidungsbefugnisse des Volkes**

Das geänderte Militärgesetz sieht vor, wesentliche Vorschriften von der Gesetzes- auf die parlamentarische Ebene oder auf die bundesrätliche Verordnungsstufe zu verlegen. Damit würden wichtige Entscheidungsbefugnisse dem Volk vorenthalten.

- **Die Militärvorlagen sind im Nationalrat eher schwach abgestützt**

Der Nationalrat hat in der Schlussabstimmung vom 4. Oktober 2002 das Militärgesetz mit 112 und die Armeeeorganisation mit 109 Stimmen verabschiedet. Zahlreiche Parlamentarier haben sich der Stimme enthalten.

Niemand will zurück zur Armee 61 oder die Armee 95 bewahren. Letztere ist jedoch trotz überfälliger Änderungen besser, als sie von Vertretern des VBS und einzelnen Parlamentariern dargestellt wird.

Seit 1996 liegen im Verteidigungsdepartement (VBS) die Mängellisten und die Korrekturvorschläge für die Armee 95 vor. Diese könnten weitgehend im Rahmen der bestehenden Militärgesetzgebung verwirklicht werden. So sind die Rückkehr zu jährlichen Wiederholungskursen, die Zusammenlegung personell unterdotierter Verbände sowie die Straffung der Armeegliederung ohne solch einschneidende Verluste an Sicherheit und Souveränität der Schweiz machbar.

Aus all diesen Gründen empfehle ich Ihnen, das Militärgesetz (Armee XXI) abzulehnen.

Nur mit einem Nein am 18. Mai 2003 zwingen wir das VBS und den Bundesrat, eine taugliche Reform für eine moderne Schweizer Armee vorzulegen, welche den Verfassungsauftrag erfüllt, sich von neutralitätswidrigen NATO-Anschlusszwängen befreit und dem Milizsystem gerecht wird.

Armee XXI zerstört das finanzielle Fundament der Landesverteidigung

Ein Trumpf wird verspielt

Von Nationalrat Ulrich Schlüer,
Flaach ZH



Zwar soll die Armee XXI nach dem Willen ihrer Planer bedeutend kleiner werden. Dennoch soll diese kleinere Armee – weil moderner ausgerüstet und professioneller ausgebildet – deutlich teurer werden als die heutige Armee. Diese Zielvorstellung wurde und wird von den Planern der Armee XXI unablässig verbreitet. Sie wurde auch vom Bundesrat in der Parlamentsdebatte zur Armee XXI mehrfach bekräftigt.

Das Geld fehlt

Damals nannte der Bundesrat noch den Betrag von 4,3 Milliarden Franken als unterste Grenze für den Jahresbedarf der Schweizer Armee. Diese Zahl ist, wie man weiss, schon heute «Schnee von gestern». **Mit den unabdingbaren Kürzungen als Folge der unerträglichen Berner Schuldenwirtschaft wird die Armee schliesslich froh sein müssen, jährlich wenigstens noch über ein Budget von 3,5 Milliarden verfügen zu können.**

Berufsmilitärs sind unbezahlbar teuer

Damit wird ein schwerer Nachteil der Armee XXI zu einer bedrohlichen Gefahr für die Schweizer Landesverteidigung insgesamt: Das Konzept Armee XXI sieht bekanntlich eine entscheidende Weichenstellung Richtung Berufsarmee vor. 2000 zusätzliche Instruktoressen werden benötigt. Die Zahl der

Berufsmilitärs soll deutlich erhöht werden. Zusätzlich sollen in grosser Zahl sogenannte «Zeitoffiziere» und «Zeitsoldaten» – das sind Berufsmilitärs für eine vertraglich vereinbarte Zeit von mehreren Jahren – eingesetzt werden. Auch die «Durchdiener» sind nichts anderes als «einjährige Berufsmilitärs» – nicht weniger als 15 Prozent jedes Soldaten-Jahrgangs sollen künftig als «Durchdiener» eingesetzt werden. Damit entsteht für unsere Armee ein Aufwandsposten, den sie auch nur in annähernd gleicher Grösse nie gekannt hat: die Lohnkosten.

Aus jeder Berufsarmee rund um den Erdball ist längst bekannt: Nichts belastet den Verteidigungshaushalt eines Landes mit (vollständiger oder teilweiser) Berufsarmee stärker als die Lohnkosten.

Und die an ihre Schreibtisch-Modelle gefesselten Planer der Armee XXI wissen nichts Gesscheiteres, als unserer Armee einen solchen Kosten-Klumpfuss ausgerechnet zu dem Zeitpunkt anzuhängen, da jedermann weiss, dass die Budgetprobleme die Eidgenossenschaft noch während Jahren stark belasten werden. Mit der unausweichlichen Folge, dass auch die Armee weitere Sparprogramme über sich ergehen lassen muss. Wer dies verleugnet, ist bestenfalls ein blinder Phantast, schlechteren Falls macht er sich bewusster Täuschung der Öffentlichkeit schuldig.

Aufblähung der Verwaltungskosten

Ausgerechnet im Blick auf solche Engpässe blähen die Armee-Planer mit ihrer Armee XXI die Verwaltungskosten der Armee verantwortungslos auf.

Vorboten dieser Aufblähung sind übrigens bereits Tatsache geworden: Im Versuchsbetrieb mit den «Durchdienern» wurde rasch klar, dass

«Es wird der Schweiz ergehen, wie es Belgien und andern Ländern mit Berufsarmeen ergeht: Für die Erneuerung der Ausrüstung, für bessere, technologisch modernere Rüstungsgüter fehlt zunehmend das Geld.»

Durchdiener nicht gleich (gleich tief!) besoldet werden können wie bisherige Rekruten und WK-Soldaten (die bekanntlich, im Gegensatz zu den «Durchdienern», kaum je auf den Sold als Lebensunterhalt angewiesen sind). Also musste das VBS den Sold für die Durchdiener markant erhöhen. Doch weil man die Durchdiener gegenüber andern Armeeangehörigen finanziell nicht bevorteilen darf, wurde der Sold für alle Armeeangehörigen deutlich erhöht. Nur durch diese eine Massnahme erfährt der Armeehaushalt eine millionenschwere jährliche Mehrbelastung – ohne dass die Armee auch nur im Entferntesten an Kampfkraft gewinnt. Der Nachteil der exorbitanten Lohnkosten, unter dem jede Berufsarmee ächzt, schlägt mit Einführung der Armee XXI voll auch auf die Schweizer Armee durch.

Zu Lasten bedrohungs-gerechter Rüstung

Die Folge: Bei sinkendem Armee-Budget bleiben die Verwaltungs- und Lohnkosten der in Richtung Berufsarmee «reformierten» Armee XXI unverändert hoch. **Es wird der**

Schweiz ergehen, wie es Belgien und andern Ländern mit Berufsarmeen ergeht: Für die Erneuerung der Ausrüstung, für bessere, technologisch modernere Rüstungsgüter fehlt zunehmend das Geld. Die Rüstungsprogramme der Eidgenossenschaft, von offensichtlicher Schwindsucht erfasst, zeigen diese Tendenz – die Tendenz rascher Veraltung der Armee-Rüstung – schon heute. Der sich stark und immer stärker ausdehnende Verwaltungsmoloch frisst zunehmend alle der Armee zur Verfügung stehenden Gelder restlos auf.

Schweizer Armee verspielt ihren Respekt

Einst verfügte die Schweizer Landesverteidigung über einen

grossartigen Trumpf, um den sie alle Länder beneidet haben: Sie besass eine moderne, gut ausgerüstete, gut ausgebildete, weltweit respektierte Armee mit ausreichenden Beständen. Ihre hohe Anerkennung verdankte diese Armee nicht zuletzt der Tatsache, dass die in der Armee Eingeteilten, dass die für die Landesverteidigung Ausgebildeten der Staatskasse nur im Ernstfall zur Last fielen. In Friedenszeiten bestritten sie – obwohl jederzeit im Ernstfall einberufbar für die Armee – ihren Lebensunterhalt vollständig aus eigenen Kräften. Trotz grosser Armee konnten mit diesem Milizsystem bedeutende Mittel für die Verwaltung gespart und damit Jahr für Jahr für die Erneuerung und

Modernisierung der Armee eingesetzt werden. Nicht zuletzt diesem klugen, bewährten Finanzierungssystem ihrer Milizarmee verdankt die Schweizer Landesverteidigung bis heute ihren guten Ruf.

Dieser unschätzbare Trumpf der Schweizer Landesverteidigung soll mit der Armee XXI jetzt leichtfertig preisgegeben werden – weil die Armee-Planer allesamt auf die Berufsarmee-Modelle der Nato fixiert sind. Die Schweizer Armee wird als Folge dieser verhängnisvollen Fehlaufrichtung ihrer Planer zu einem Verwaltungsmoloch absinken, den schon bald niemand mehr ernst nehmen wird. **Deshalb: Nein zu Armee XXI!**

Wozu brauchen wir eigentlich eine Armee?

Von Werner Gartenmann, Präsident Schweizerische Vereinigung Pro Libertate, Hauptmann (Panzerbrigadestab), Matten bei Interlaken



Die Schweizer Armee soll seit ihrer Gründung im Jahr 1848 zum siebten Mal reformiert werden.

Jede Armee reform löste breite und «heisse» Debatten aus. Auch jetzt setzen sich Bürgerinnen und Bürger mit dem Thema «Armee» auseinander. Das ist gut so.

Die richtige Frage stellen

Bundesrat Scheurer stellte am 1. Oktober 1922 am Parteitag der FDP Schweiz die Frage, ob Volk und Behörden noch fähig seien, «die Kräfte geistiger Art aufzubringen, die zur Bildung und Erhaltung einer verwendungsfähigen Armee notwen-

dig sind». Der militärischen Landesverteidigung der Schweiz droht keineswegs Gefahr durch die Armee reform XXI, sondern durch Mangel an jener «geistigen Kraft».

Für die kommende Abstimmung über die Armee XXI steht deshalb die Frage im Vordergrund: «Wozu brauchen wir eigentlich eine Armee?» Es besteht die Gefahr, dass wir «vor lauter Bäumen den Wald nicht mehr sehen»! Ob nun neue Dienstgrade eingeführt oder für die «Ordre de bataille» rechteckige statt quadratische «Kästli» gezeichnet werden, sind wahrlich keine existentiellen Fragen.

Die Bundesverfassung hält in Artikel 2 fest: «Die Schweizerische Eidgenossenschaft schützt die Freiheit und die Rechte des Volkes und wahrt die Unabhängigkeit und die Sicherheit des Landes.» Zu diesem Zweck will das Schweizer Volk ein Machtinstrument: Artikel 58, Abs. 1, «Die Schweiz hat eine Armee». Die Armee ist das

Machtmittel, welches im Verbund mit der Aussen-, Wirtschafts-, Sicherheits- und Neutralitätspolitik den Verfassungsauftrag erfüllen muss. Es geht also weder um wirtschaftliche Strukturhaltung noch um flächendeckende Erziehung junger Schweizer, noch um die Bekehrung von Drogenabhängigen oder Durchsetzung traditioneller Ansichten. Der Schweizer Bürger wird zum Soldaten ausgebildet, damit er im Ernst- bzw. Kriegsfall bestehen kann.

Gemäss Artikel 58 der Bundesverfassung hat die Schweiz eine Milizarmee, die auf der Wehrpflicht aufbaut (Art. 59). Die Armee XXI rüttelt an diesen Verfassungsbestimmungen nicht.

Aufträge der Armee

Unsere Sicherheitsinstrumente müssen immer wieder neu auf die sich wandelnden Bedrohungen und Gefahren ausgerichtet werden, um wirkungsvoll zu bleiben. Die Armee XXI

dient der Kriegsverhinderung und trägt zur Erhaltung des Friedens bei; sie verteidigt das Land und seine Bevölkerung. Sie unterstützt die zivilen Behörden bei der Abwehr schwerwiegender Bedrohungen der inneren Sicherheit und bei der Bewältigung anderer ausserordentlicher Lagen. Bei der Planung der Armee XXI standen die Bedürfnisse der inneren Sicherheit und besonders der Terrorgefahr von Anfang an im Vordergrund.

Direkte Demokratie

Das Volk wird auch innerhalb des neuen Militärgesetzes zu grundsätzlichen Fragen das letzte Wort haben. Es ist aber sinnvoll, dass Detailfragen – technischer und organisatorischer Art – nicht von jeder beliebigen Interessensgruppe in Frage gestellt werden können. Denn sonst würde eine Armee-reform wohl innerhalb eines Jahrhunderts nie ihren Abschluss finden.

Neutralität

Tatsächlich spuckt in manchen Köpfen der Nato-Beitritt herum. Man kann nun durchaus Einzelköpfe zitieren, welche fordern,

«Am 18. Mai stimmen wir weder über den Nato-Beitritt noch über die Abschaffung der Neutralität ab.»

die Neutralität müsse «allmählich eingeschläfert» und der Nato-Beitritt vorbereitet werden. «Falschdenker» gab es immer. Was aber zählt, sind grundsätzliche Verfassungs- und Gesetzesbestimmungen. Die Bundesverfassung schreibt zwingend vor, dass der Nato-Beitritt der Volksabstimmung unterliegt. Das Neutralitätsrecht (Völkerrecht) verbietet den Beitritt zu einem Militär-bündnis wie der Nato. Am 18.

Mai stimmen wir weder über den Nato-Beitritt noch über die Abschaffung der Neutralität ab. Die Neutralität der Schweiz wird von der «offiziellen Politik aus Bundesbern» bedroht. Der Übergang von der integralen zur differenziellen Neutralität ist der Irrweg. Dieser kann aber durch ein Nein zur Armee XXI nicht korrigiert werden. Wir müssen in diesem Wahlherbst die richtigen Leute in den Nationalrat wählen!

Auslandseinsätze

Das Militärgesetz regelt den Einsatz von Schweizer Soldaten im Ausland. Nur für friedensfördernde Einsätze können in beschränktem Mass Freiwillige zu einem Verband zusammengefügt werden. Die Kampfbrigaden der Armee XXI gelangen für diese Aufgabe nicht zum Einsatz. Also wird keine Schweizer Panzerbrigade in der Wüste Angriffe fahren ...

Miliz

Das Milizprinzip ist unter Druck – aber überall. Wir tun uns schwer, geeignete Leute für politische Arbeit in kommunalen Behörden und in politischen Kommissionen zu finden; wer stellt sich heute für aktive Arbeit in Parteien sowie in Offiziers- und Unteroffiziersgesellschaften zur Verfügung? Zudem gewinnen gesellschaftspolitische Veränderungen an Einfluss: Als ich 1985 in die Rekrutenschule einrücken musste, war das ein Dorfereignis, d.h. die Gemeinschaft stand hinter den jungen Armeeangehörigen. Heute wird gefragt, warum rückt dieser dumme Kerl in die RS ein, hat er keinen Doktor gefunden ...? Die Armee XXI berücksichtigt diese Entwicklungen. Eine zeitgemässe und intensivere Rekrutierung verhindert Missbrauch und führt der Armee die richtigen Leute zu. Miliz-Kaderlaufbahnen werden attraktiver

gestaltet und zeitlich gestrafft. Auf die zivile Ausbildung, auf das Berufsleben und nicht zuletzt auch auf das Familienleben wird umfassender Rücksicht genommen.

Die Mehrheit der Kompanie- und Bataillonskommandanten sowie der Generalstabsoffiziere muss aus der Miliz stammen. Das militärische Berufspersonal wird nur geringfügig erhöht. Das Berufspersonal wird das Milizkader von Verwaltungs- und Grundausbildungsarbeit entlasten, damit die Milizler verstärkt für Führungsaufgaben eingesetzt werden können. Hier einen Graben zwischen Berufsmilitärs und Milizangehörigen aufzureissen, dient der Sache der Armee nicht.

Die Zahl der Durchdiener wird auf 15 Prozent eines Rekrutenjahrgangs beschränkt. Ein politisches Kontrollinstrument (neu Art. 149 MG) ermöglicht dem Parlament die Durchsetzung des Milizprinzips. Das ausserdienstliche Schiesswesen – ein starkes Element der Miliz – wird beibehalten.

Schlussgedanken

Die Armee XXI ist als moderne Milizarmee in der Lage, die Unabhängigkeit aus eigener Kraft zu schützen und die bewaffnete Neutralität durchzusetzen. Wenn das Volk am 18. Mai 2003 Ja sagt, werden viele Soldaten, Unteroffiziere und Offiziere in die «Armee XXI» einrücken, die als Staatsbürger dafür sorgen werden, dass unser Land weder der Nato noch der EU beitreten wird. Zudem werden sie den Milizgedanken in die Armee tragen, indem sie das Milizprinzip aktiv leben. Bringen wir mit einem selbstbewussten Blick nach vorne – mit einem Ja – die Kräfte «geistiger Art» auf, die zur Bildung einer einsatzfähigen Armee zu Gunsten unseres Landes notwendig sind.

Uno-Ecke

«Hundert Tage, hundert Fettnäpfe»

Drei Monate ist Micheline Calmy-Rey erst im Amt – und im Bundeshaus schon ganz oben auf der Abschlusliste. Letzte Woche kam es im Bundesrat und in der zuständigen Ständeratskommission zum bislang heftigsten Rencontre mit der Aussenministerin.

[NZZ am Sonntag, 6.4.2003]

Calmy-Rey: Die Fauxpas häufen sich

Ohne Rücksprache mit Experten hat die Aussenministerin eine Liste der zivilen Opfer des Irak-Krieges angekündigt. Aber eine Liste ist nicht machbar. Und das EDA (Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten) hat ein Problem.

Calmy Reys «öffentliche Diplomatie» erscheint ohne Konzept. Ihr eigenmächtiges Vorgehen schürt Erwartungen, die nicht erfüllt werden können.

[Tagesanzeiger, 1.4.2003]

Aussenpolitik mit dem Megaphon

«Bereits seit mindestens einer Woche werden in der Presse die «100 Tage» von Micheline Calmy-Rey als Chefin des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten besprochen. Tatsächlich sind sie, wenn man mit dem 1. Januar beginnt, erst am Donnerstag erreicht. Aber irgendwie ist solche

Hast dem Bild dieser Ankündigungsministerin adäquat, die nicht über Erreichtes berichtet, sondern viel lieber über Gewolltes. Und zudem sind für einmal die «100 Tage», die ja, was die Journalisten nicht zu wissen scheinen, historisch an ein Debakel erinnern – die 100 Tage Napoleons von Elba bis Waterloo –, eine nicht ganz abwegige Messlatte: Die bisherige Leistung der Bundesrätin ist alles andere als überzeugend.»

[Dr. Max Frenkel in der NZZ vom 9.4.2003]

«Das sagt die Schweiz ...»

«Mein Land musste mit grosser Enttäuschung feststellen, dass trotz den Bemühungen, den Irak im Rahmen der Resolutionen 1284 und 1441 abzurüsten, ohne ausdrückliche Erlaubnis des Sicherheitsrats ein Angriff auf dieses Land erfolgt ist.»

[UNO-Botschafter Jenö Stähelin, vor der Uno-Vollversammlung, Aargauer Zeitung, 28.3.2003]

Hat der Herr UNO-Botschafter Sie gefragt, ob er diese Botschaft im Namen «seines Landes» (also auch in Ihrem Namen) im New Yorker Glaspalast verkünden dürfe?

Marode UNO

Die Ereignisse der letzten Tage und Wochen haben endgültig gezeigt, dass die Schweiz mit falschen Versprechen in diese marode UNO hineinmanövriert wurde. Wenn wir nicht endgültig zum Lakaian der kriegslüsternen

Amerikaner werden wollen, gibt es nur einen Weg: Die Mitgliedschaft der Schweiz bei der UNO muss sistiert und der schweizerische Botschafter bei der UNO zurückberufen werden. Ob unser Bundesrat die dazu notwendige Zivilcourage, aber auch den Anstand gegenüber dem Schweizervolk aufbringt, wage ich zu bezweifeln.

[Werner Schiegg, Männedorf]

Hobby-Aussenminister sprechen für «die Schweiz» vor der UNO

Seit wir also in der UNO gross «mitmischeln» und somit für «Frieden und Ordnung» auf der Welt sorgen, verspüren gewisse Politiker bereits das innige Bedürfnis, «die Schweiz» nach aussen zu vertreten. So hat der SP-Nationalrat und bekennende GSoA-Aktivist Andreas Gross vor der UNO-Generalversammlung dargelegt, was die Schweiz zum Thema «Zusammenarbeit der UNO mit anderen Organisationen» alles tun könnte. Da stellt sich bei mir die Frage: «Was hat Herr Gross alles versprochen, und was kostet das zulasten der Steuerzahler? Wir sind diesbezüglich den Amis bald ebenbürtig: Wenn's innen brodelt und kocht, wird eben aussen gebrüllt und gelocht. Zu hoffen bleibt, dass solche äusserst bedenklichen «Statements» nicht zum Hobby eines jeden Schweizer Parlamentariers verkommen mögen. Sonst – «guet Nacht am Sächsi»!

[Bernhard Diethelm (19), Vorderthal SZ]

Die AUNS kämpft für eine freie Schweiz.

Werden auch Sie Mitglied bei der Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz (AUNS)

Mitglied (Ehepaar), Gönner oder Sympathisant.

Jahresbeiträge: Mitglieder Fr. 35.– (Ehepaare Fr. 50.–), Gönner Fr. 100.–, Sympathisanten nach freiem Ermessen.

Senden Sie mir ausführliche Informationen über die AUNS.

Name/Vorname: _____

Adresse: _____

PLZ/Ort: _____

Datum/Unterschrift: _____

Geworben durch: _____

Einsenden an: AUNS, Postfach 218, 3000 Bern 16
Telefon 031 356 27 27, Fax 031 356 27 28, PC-Konto 30-10011-5